Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Wählt Kommunisten! Liste 5

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen In[ternationale … Bezir]k Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / K… [Fr]auen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr). Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher 17 256 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18600 Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 256 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neungespaltene … [Ra]um 0,15 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile … [im Anzei]gen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 U[hr] … [Ex]pedition Dresden-A. Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich [außer Son]n- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang | Dresden, Freitag den 11. Mai 1928 | Nummer 110

Fortsetzung des Kampfes

Protest gegen das Schlichtungsdiktat — Die Arbeiter folgen der Parole der Gewerkschaftsbureaukraten nicht — Maßregelungen durch die Unternehmer — Streikantwort der Arbeiter

Die Abwürgung des Kampfes durch die Gewerkschaftsbureaukratie hat unter der Arbeiterschaft helle Empörung ausgelöst. Die Gewerkschaftsbureaukraten hatten es so eilig mit der Arbeitsaufnahme, daß sie nicht einmal organisatorische Anweisungen in dem Maße erteilten, daß die Arbeiter selbst wußten, was los war. Eine Funktionärsitzung lehnten die Bureaukraten ab. Bei der Arbeiterschaft zeigte sich der starke Wille weiter zu kämpfen. Große Teile der Arbeiter sind der Anweisung der Gewerkschaftsbureaukraten, heute die Arbeit aufzunehmen, nicht gefolgt. In einer Anzahl Betriebe finden heute noch Versammlungen statt, die zu der Lage und dem Ergebnis Stellung nehmen.

Im Sachsenwerk erschienen heute eine große Anzahl Arbeiter nicht zur Arbeitsaufnahme. Der Betriebsrat berief die Belegschaft, soweit sie erschienen war, zur Versammlung zusammen. Einstimmig **faßte die Belegschaft den Beschluß, den Streik zum Protest gegen das Schlichtungsdiktat, nicht vor Montag zu beenden, sondern bis dahin fortzuführen.**

Die Belegschaft der Firma **Gustav Barthel** faßte ebenfalls den Beschluß, den Streik **fortzusetzen.**

In der **Schiffswerft Uebigau** sollten durch die Direktion 30 Mann **gemaßregelt werden.** Die Belegschaft beschloß darauf, den **Kampf fortzusetzen.**

Ebenso sollen in der **Friedrich-August-Hütte** 15 Mann gemaßregelt werden. Die Belegschaft wird auch hier den Kampf gegen den Unternehmerterror weiterführen.

*

Fortsetzung der Aussperrung bei Clemens Müller

Die Direktion der Firma Clemens Müller hat durch Anschlag bekanntgemacht, daß die Aussperrung weiter aufrechterhalten wird.

Reformistische Hilfsdienste für die Unternehmer

Leipzig, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

In Riesa-Gröditz hat sich in den Lauchhammerwerken folgendes abgespielt: Gestern ist ein Anschlag der Betriebsdirektion herausgekommen, daß die Arbeiter auf Grund der Verbindlichkeitserklärung die Arbeit aufnehmen sollen. Die Arbeiter lehnten diese diktatorische Aufforderung ab und erklärten, daß sie eine Betriebsversammlung abhalten wollen. Die Gewerkschaftsbureaukratie berief keine Versammlung ein. Die **Ausgesperrtenkommission**, die sich zusammensetzt aus Mitgliedern der SPD und Vertretern der reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie hat ihrerseits auch einen Anschlag herausgegeben, ähnlich wie die Direktion. Dieser Anschlag besagt, die Arbeiter müßten auf Grund der Verbindlichkeitserklärung die Arbeit aufnehmen. Eine Versammlung fand nicht statt. Die Reformisten leisten hier, wie überall, den Unternehmern Hilfsdienste gegen die Arbeiterschaft.

In Leipzig nehmen heute die Arbeiter noch Stellung zu der Verbindlichkeitserklärung. Es findet heute eine Funktionärversammlung des DMV statt.

Die Angst vor der Wahrheit

Betriebsversammlung Meurer

Die Belegschaft der Firma Meurer in Cossebaude hatte beschlossen, daß in der nächsten Versammlung ein Redner der Opposition sprechen solle. Dieser Beschluß wurde der Verbandsleitung des DMV zur Kenntnis gegeben. Diese antwortete jedoch prompt:

„Das geht nicht. Wenn ein Redner der Opposition das Wort bei euch bekommt, wird der Verbandsvertreter die Versammlung verlassen."

Die Verbandsleitung eignet sich damit Rechte an, die allein den Betrieben zustehen. Die Betriebe dürfen sich eine solche Bevormundung nicht gefallen lassen.

Am Mittwoch fand die Versammlung statt. Der Besuch war gut. Der Angestellte Seifert war als Vertreter des DMV erschienen. Unsere Genossen hatten in Ausführung des Beschlusses den Genossen Werner als Redner angefordert.

Es war ein trauriges Bild

wie Seifert seine engsten Parteifreunde eingeseift hatte, und wie er sich selbst mit den fadenscheinigsten Gründen dagegen wehrte, daß Werner das Wort bekam.

Eine volle Stunde Geschäftsordnungsdebatte

war die Frucht seiner Angst vor einer Betriebsversammlung die Anklagen der Opposition anhören und darauf Antwort geben zu müssen. Kam es doch darauf an klar und deutlich auszusprechen, was nun gegen die drohende Verbindlichkeitserklärung unternommen werden solle. Ein SPD-Kollege, der sich sonst fast niemals in einer Betriebsversammlung sehen läßt und gar nicht daran denkt, irgendwelche Funktionen zu übernehmen, war von der SPD-Fraktion dazu bestimmt worden, durch andauernde Zwischenrufe und Geschäftsordnungsreden zu sprengen. Seifert als Vertreter des Verbandes trat diesem Treiben seiner Parteigenossen nicht im geringsten entgegen. Kein Wunder, daß die Versammelten, angeekelt von diesem Treiben nun den Wunsch hatten, bald darüber hinwegzukommen und so machte ein Redner der Opposition selbst den Vorschlag, in einer besonderen Versammlung die Ansicht der Opposition anzuhören. Mit geringer Mehrheit wurde der Beschluß der vorhergehenden Versammlung aufgehoben, so daß es dem Genossen Werner unmöglich gemacht wurde, auf die Verdrehungen Seiferts einzugehen.

Was dieser nun vortrug, war der übelste Abklatsch reformistischer Vogel-Strauß-Politik. Mit der unschuldigen Miene des Biedermannes, „der kein Bonze werden wird", erklärte er wörtlich am Anfang seines „Berichtes":

„Kollegen! Ihr könnt mir glauben, die Vorgänge in der heutigen Versammlung machen mir noch einige Tage zu schaffen. **Ich bin kein solches Schwein (!),** das aus einer derartigen Versammlung mit einem Lächeln davon geht."

Interessant wäre zu erfahren, welches „Schwein" unter den Abwürgungsstrategen Seifert nun eigentlich gemeint hat. Ob seine Freunde über diese etwas dunkle Andeutung erfreut sind? Nachdem diese Krokodilsträne herausgequetscht war, ging's aber los. Verdächtigungen der Opposition im DMV wechselten ab mit unrichtigen Darstellungen über die vergangene Ortsverwaltungswahl und Mißkreditierung unserer **Genossen im Sachsenwerk** sowie bei Meurer.

„Man (gemeint ist die Opposition) **hat abgelehnt, in die** Ortsverwaltung und Tarifkommission zu gehen."

Tatsächlich, der „Kollege" Seifert kann stolz auf seine „Wahrheitsliebe" sein; in diesem Zusammenhang von Bildung und Aufklärung gesprochen, machte sich sehr gut. Das Papier ist tatsächlich zu schade, um all das Zeug festzuhalten, **was da verzapft** wurde. Die Kollegen und Kolleginnen von **Meurer werden** Gelegenheit bekommen, einen Redner der **Opposition zu hören,** ohne daß die Redefreiheit beschnitten wird.

Selbstverständlich drückte sich Seifert mit dem ganzen Wortschwall um die entscheidende Frage der Verbindlichkeitserklärung und des weiteren Kampfes herum.

Das hindert ihn jedoch nicht, mit beiden Armen in der Luft herumzufuchteln und die lächerliche Drohung auszustoßen:

„Wir können dem Reichsarbeitsminister das Recht nicht zusprechen, jeden Kampf durch eine Verbindlichkeitserklärung abzuwürgen."

Auf die Bemerkung eines Kollegen, daß in Zukunft ein Kampf noch schwieriger sein werde, da infolge der anderthalbjährigen Laufdauer des Manteltarifs Lohn- und Manteltarif zu verschiedenen Terminen enden, antwortete dieser Stratege bezeichnenderweise:

das wäre nicht so gefährlich, im Gegenteil, wir werden dann noch besser kämpfen können.

Seine Ausführungen über die weiteren Kämpfe des Proletariats, den Parlamentarismus usw. schenken wir ihm. Sie zeigten nur, daß er das ihm in die Hand gedrückte Rezept des Parteivorstandes zum Kampfe gegen **die Kommunisten sehr** schlecht auswendig gelernt hat.

Den Kollegen und Kolleginnen von **Meurer aber rufen** wir zu:

Macht euch frei von der Bevormundung durch die Reformisten! Nur in freier Diskussion kann eine klare Linie im Kampfe, kann wahre Aufklärung geschaffen werden.

Die Tatsache, daß die SPD die größte Schuld an dem verruchten Schlichtungssystem trägt, wird durch Mätzchen nicht entkräftet.

Jetzt ist nun die Verbindlichkeitserklärung da. Nun werden die Kollegen und Kolleginnen von Meurer einsehen, daß sie vorgestern durch die Manöver Seiferts abgehalten wurden, klare Beschlüsse darüber zu fassen, was nun zu tun ist.

Der Genosse Werner

aber wird am Mittwoch dem 16. Mai in einer **Versammlung** für die Kollegen und Kolleginnen der Firma **Meurer**

im Restaurant Straßenbahnhof

über die Stellung der Opposition zu diesem Kampf sprechen. Wir werden ja sehen, ob die Schreihälse von vorgestern soviel Mut aufbringen, dort ihre Ansicht zu vertreten.

Die Limbacher Arbeiter kämpfen weiter

Chemnitz, 11. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Eine gestern stattgefundene Streikversammlung der Limbacher Metallarbeiter, an der etwa 1100 bis 1200 Streikende teilnahmen, nahm gegen nur 4 Stimmen folgende Resolution an:

„Die heutige Streikversammlung der Limbacher Metallarbeiter beschließt als Antwort auf die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs durch das Reichsarbeitsministerium die geschlossene Weiterführung des Kampfes. Die kämpfenden Limbacher Metallarbeiter fordern die sächsische Metallarbeiterschaft auf, sich diesem Schiedsspruch nicht zu fügen und den Kampf gemeinsam weiterzuführen. Nur der geschlossene Kampf aller sächsischen Metallarbeiter gibt die Gewähr des Sieges über die Industriellen und der Beseitigung des Schlichtungswesens."

Organisiert sofort in allen Betrieben die Unterstützungsaktion für die Limbacher **Kollegen.** Die gesamte Arbeiterschaft muß sofort die finanzielle Unterstützung einleiten, dem Kampf zum Siege verhelfen.

Ein Justizmord aufgedeckt

Die wahren Täter verhaftet

Berlin, 10. Mai 1928.

Der Fall des russischen Landarbeiters Jakubowski, der im April 1925 auf Grund eines äußerst zweifelhaften Indizienbeweises wegen Mordes, den er an seinem vier Jahre alten unehelichen Sohn Ewald Nogens begangen haben sollte, zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, obgleich er noch auf dem Schafott seine völlige Unschuld beteuerte, hat nunmehr eine sensationelle Wendung genommen. Während die Behörden noch vor wenigen Wochen jede Möglichkeit eines Justizmordes zu leugnen versuchten, sind nunmehr der Pferdeknecht Blöker, der Arbeiter August Nogens und der Landarbeiter Paul Kreuzfeld verhaftet worden, da festgestellt wurde, daß sie in der Mordsache Jakubowski Meineide geleistet haben und selbst als Anstifter, Mörder und Gehilfen anzusehen sind. Man hat die drei bereits ins Amtsgericht Schönberg in Mecklenburg eingeliefert.

Im November 1924 verschwand der vier Jahre alte Ewald Nogens im Dorfe Palingen. Seine Leiche wurde schließlich in einem Kaninchenloch der Heide aufgefunden. Als angeblichen Mörder verhaftete man den unehelichen Vater des Kindes, den früheren russischen Kriegsgefangenen Jakubowski, der als Landarbeiter in dem Heidedorf lebte. Er kam vor das Schwurgericht und wurde auf Grund von Indizien zum Tode verurteilt. Während der Gerichtsverhandlung hatte Jakubowski, der der deutschen Sprache kaum mächtig war, um die Stellung eines Dolmetschers gebeten. Man hat ihm dies verweigert, so daß seine Verteidigung aufs äußerste beschränkt war. **Das Schwurgericht nahm an, daß sich Jakubowski des Kindes habe entledigen wollen, um nicht weiter Alimente** zahlen zu müssen. Das ausschlaggebende Verdachtsmoment gegen Jakubowski war die Tatsache, daß er nicht genau nachweisen konnte, wo er sich am Mordtag zwischen 5,30 und 6 Uhr aufgehalten hatte. Ein idiotischer Zeuge, der inzwischen im Irrenhause gestorben ist, wollte allerdings den Angeklagten auch auf der Straße zur Mordstelle gesehen haben.

Jakubowski hatte bis zu seinem letzten Atemzuge seine Unschuld erklärt, daß er nicht der Mörder seines Kindes sei. Alle Zeugen hatten auch angeben müssen, daß er für den kleinen Ewald Nogens stets nach Menschenmöglichkeit, soweit ein mecklenburgischer Landarbeiter über Mittel verfügt, gesorgt hatte. Es mußte damals erwartet werden, daß die mecklenburgische Regierung von ihrem Begnadigungsrechte Gebrauch machen würde. Doch

die reaktionären Minister unterschrieben kaltblütig das Todesurteil

und luden damit, wie jetzt festgestellt wird, **Blutschuld auf sich.** So mußte denn Jakubowski den Weg zum Schafott antreten.

Als vor einigen Monaten eine Pressekampagne einsetzte, um diesen Justizmord aufzuklären, glaubte man auf Seiten des Gerichtes alles leugnen zu können. In einer Juristenzeitung besaß ein Reichsgerichtsrat die Kühnheit, folgendes zu erklären: „Wer so empörend wider die Wahrheit mit solch abscheulicher Fahrlässigkeit die Richter der Rechtsbeugung, sogar des Totschlags bezichtigt und verdächtigt, trifft auf den nicht der Vorwurf zu, ein rechtsbeugender Literat zu sein?" Und der Oberstaatsanwalt erklärt in seinem Communiqué, daß er die Nachrichten über einen angeblichen Justizmord richtigstellen wollte: „Die in unverantwortlicher Weise einzelne Sätze aus dem Zusammenhang herausreißenden Bemängelungen **des Schwurgerichtsurteils sind lediglich gewissenlose, die Ehre des Menschen in leichtfertigster Weise verunglimpfende und die Justiz herabsetzende Klatschereien." Die** Herren waren ihrer Sache sehr sicher.

Als schließlich auf Intervention der „Deutschen Liga für Menschenrechte" hin trotzdem an eine neue Untersuchung